

Das Beste aus Thüringen.

OTZ.de

In Kooperation mit Thüringer Allgemeine und Thüringische Landeszeitung.



FDP interveniert: Abgeordneten-Bestechung nicht strafbar



Die FDP schließt sich der Gesetzesinitiative nicht an. Foto: Peter Steffen/dpa

Die FDP im Bundestag sieht keinen Bedarf an einem Gesetz - auch die zwei Thüringer Fraktionsmitglieder nicht.

Berlin. Die FDP löse lieber echte Probleme als solche, die gar nicht vorhanden sind.

So erklärt der Thüringer Bundestagsabgeordnete Patrick Kurth auf Anfrage dieser Zeitung, weshalb sich die Liberalen einer Gesetzesinitiative nicht anschließen, die Bestechung von Abgeordneten unter Strafe stellen will. Die Korruptionsanfälligkeit des Bundestages sei gering, sagte Kurth, der erneut als Spitzenkandidat der Landes-FDP zur Bundestagswahl antritt.

Das Internetforum abgeordnetenwatch.de sammelt Unterschriften für die Umsetzung einer UN-Konvention, die in Deutschland seit neun Jahren blockiert wird. Bestechung von Abgeordneten ist hierzulande nur strafbar, wenn sie sich direkt auf den Kauf von Stimmen bezieht. Alle anderen "Zuwendungen" sind legal.

Die Betreiber des Blogs abgeordnetenwatch.de finden das beschämend. Während Italien gerade gegen Berlusconi wegen Abgeordnetenbestechung juristisch vorgehe und selbst Russland die Anti-Korruptions-Resolution unterschrieben habe, gebe es in Deutschland kein wirksames Gesetz gegen korrupte Volksvertreter. Und eine Partei wolle, dass es so bleibt: die FDP.

Auch der Vorsitzende des Rechtsausschusses, Siegfried Kauder (CDU), habe sich vom erklärten Gegner eines Antikorruptionsgesetzes zum Befürworter gewandelt. Es gebe inzwischen mehrere Gesetzesvorschläge. Nur die Freidemokraten hätten keinen vorgelegt.

In der FDP-Bundestagsfraktion werde das gar nicht diskutiert, sagte Kurth gestern kurz nach Ende der Fraktionssitzung. Ihn persönlich, ergänzte er spöttisch, habe auch noch niemals jemand mit einem Kuvert oder Geschenken beglücken wollen. Das eigentliche Problem einer gesetzlichen Regelung werde seines Wissens auch in der SPD-Fraktion diskutiert: Die Definition, wo kleine Werbegeschenke oder höfliche Einladungen zu einem Abendessen aufhören und die Korruption anfängt.

"In der Verwaltung, der ich vorstand, hatten wir die Grenze bei 15 D-Mark festgelegt", erinnert sich Peter Röhlinger, der zweite Thüringer Abgeordnete im Reichstag. Der frühere Jenaer Oberbürgermeister kennt die Debatte um fließende Grenzen. Sind Kugelschreiber und Kalender noch annehmbar, die hübsch verpackte Flasche Wein edlerer Sorte schon nicht mehr? Mit 15-Euro-Grenzen könne man Bundesparlamentariern wohl nicht kommen, vermutet Röhlinger, dem ebenfalls kein aktuelles Beispiel von Bestechungsversuchen einfallen will. "Dafür sitze ich vielleicht auch im falschen Ausschuss." Der Jenaer arbeitet im Petitionsausschuss des Bundestages mit.

Die Internetaktivisten sammelten schon über 25 000 Unterschriften für ein Antikorruptionsgesetz.

Volkhard Paczulla / 13.03.13 / OTZ

Z83D3CK230175



Videos, die Sie interessieren könnten

powered by **Taboola**



Spur der Verwüstung auf der A9 im Saale-Orla-Kreis



Eltern sterben auf Weg zur Geburtsklinik



Jennifer Rush und mehr: Schwarzbier- Nachsch...